

DREHBUCH

Zeitung Frankfurter Rundschau
Kontakt Martin Brust
Telefon 069 – 219 91
E-Mail m.brust-extern@fr.de

Idee „Was ist gerecht?“ – dieser Frage geht ein Schwerpunkt der *Frankfurter Rundschau* nach. Dazu erscheinen Beiträge in mehreren Ressorts – vom Lokalen bis zum Feuilleton. Auch im Ressort Wirtschaft widmet man sich dem Thema. Martin Brust, freier Mitarbeiter der Zeitung, und Ressortleiter Daniel Baumann setzen sich dabei mit der Lage von regionalen Unternehmen auseinander. „Uns interessiert dabei vor allem auch das Thema Löhne“, sagt Brust.



Martin Brust ist freier Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau.

Umfrage Im Rahmen des Schwerpunkts geben Führungskräfte aus der Region Auskunft über Gerechtigkeitsunterschiede in den Unternehmen. Befragt werden sie im Rahmen des sogenannten „Rhein-Main-Kompasses“. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Trendumfrage, die im Auftrag der *Frankfurter Rundschau*, des Fernsehsenders Rhein-Main-TV und der Landesbank Hessen-Thüringen von einem Marktforschungsinstitut durchgeführt wird. „Die Umfrage gibt es schon seit Längerem“, erklärt Brust. Die Ergebnisse würden einmal im Monat in der Zeitung und in einer Fernsehsendung des Senders veröffentlicht. „Befragt werden Manager und Firmeninhaber der Region zu aktuellen Themen“, sagt Brust.

Umsetzung „Die Redaktion hat die Möglichkeit, eigene Fragen einfließen zu lassen“, erzählt er weiter. Brust hat vorgeschlagen, regionale Manager zu befragen, was die Einführung des Mindestlohns für ihr Unternehmen bedeutet. Insgesamt wurden über 400 Führungskräfte um Auskunft gebeten. Brust erhielt von den Marktforschern eine Zusammenfassung der Ergebnisse, die Tabellen und eine kommentierte Auswertung enthielt. Seine Aufgabe bestand darin, die Ergebnisse zu filtern und daraus einen Artikel für das Wirtschaftsressort zu schreiben. Die Grafikabteilung der Zeitung visualisierte Teile der Umfrage in einem Kreisdiagramm.

drehscheibeTIPP

Der Lohn-Chat: Unternehmer der Region stellen sich online den Fragen der Leser zum Thema Lohnentwicklung, Mindestlohn und Lohngerechtigkeit.

AUS DER FRANKFURTER RUNDSCHAU VOM 6. OKTOBER 2014

Chefs befragt

DATENJOURNALISMUS Führungskräfte regionaler Unternehmen werden um ihre Meinung zum Thema Mindestlohn gebeten.

THEMA DES TAGES | 3

Die Zweifel des Mittelstands
 RHEIN-MAIN-KOMPASS Die Kleineren fühlen sich benachteiligt

Von Martin Brust

Beim Stichwort „Gerechtigkeit“ fallen wohl den meisten Menschen als Erstes Fragen der Entlohnung ein oder auch der Arbeitsbedingungen. Solche Themen sind auch häufig präsent, sei es durch die regelmäßig wiederkehrenden Tarifverhandlungen, sei es durch Berichte über skandalöse Arbeitsbedingungen bei Paketdiensten in Deutschland oder Näherinnen in Bangladesh. Auch in der aktuellen Gerechtigkeitsserie der *Frankfurter Rundschau* dreht es sich oft um Fragen der Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich oder zwischen Menschen und „der Wirtschaft“.

Aber natürlich hat das Thema mehr Facetten und deshalb hat der aktuelle Rhein-Main-Kompass auf Anregung der *Frankfurter Rundschau* seinen Fokus auch auf die Gerechtigkeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Großunternehmen gelegt. Und er hat Topmanager aus der Region danach gefragt, was Umverteilungsmaßnahmen wie Mindestlohn oder Rentenpaket für die Unternehmen bedeuten.

Manager aus Konzern beurteilen den Mittelstand besser als er sich selbst

Eine starke Mehrheit der Befragten (78 Prozent) glaubt, dass KMU gegenüber Großunternehmen benachteiligt sind. Weil unter den befragten Führungskräften viele aus KMU in der Meldezeit noch nicht sehr überraschend sind, betrachtet man alleine die Großunternehmen (mehr als 500 Mitarbeiter), so zeigt sich aber: Auch hier geht fast die Hälfte (49 Prozent) davon aus, dass KMU benachteiligt werden. Fast ebenso viele (46 Prozent) verneinen dies aber.

Von allen jenen, die eine Benachteiligung bejahen, werden Interessensvertretung in der Politik, Finanzierung sowie Energie- und Rohstoffkosten als die drei wichtigsten Bereiche benannt. In

Belastung
 Wie stark werden Umverteilungsmaßnahmen (Mindestlohn, Rentenpaket) die Unternehmen belasten?
 Will nicht / Keine Angabe: 17%
 Sehr stark: 29%
 Stark: 32%
 Schwach: 9%
 Nicht stark: 5%
Umverteilungsmaßnahmen von 2011 bis 2014: 2011: 17% (keine Angabe), 2012: 17%, 2013: 17%, 2014: 17%

Standort
 Welche Folgen hätte die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für den Standort?
 Positiv: 13%
 Negativ: 30%
 Keine Angabe: 9%
 Nicht positiv: 48%
Wiederholungsfragen Abwägungen von 2011 bis 2014: 2011: 13% (keine Angabe), 2012: 13%, 2013: 13%, 2014: 13%

Die Trendumfrage
 Der Rhein-Main-Kompass ist eine repräsentative Trendumfrage zu aktuellen Themen unter Managern und Firmeninhabern in der Region. Im Auftrag von *Frankfurter Rundschau*, Rheinmain-TV und der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) ermittelt das Marktforschungsinstitut epinion aus Gießen per Telefonumfrage, wie in den Chartagen dargestellt wird.

Für den aktuellen Kompass wurden im September 423 Führungskräfte aus der Region befragt. Rheinmain-TV berichtet am heutigen Dienstagabend um 21 Uhr ausführlich über die Ergebnisse der Trendumfrage.

64 Prozent der Befragten sagen, der Mindestlohn schade ihnen nicht

Mindestlohn oder Rentenpaket halten zwei Drittel aller Manager für eine sehr oder eher große Belastung der KMU, während nur 31 Prozent das für Großunternehmen annehmen. Der genaue Gegensatz zeigt sich bei der Frage nach dem Einfluss auf das eigene Unternehmen: 64 Prozent haben keinerlei Auswirkungen auf ihren Gewinn. Von den kleinen Unternehmen (20 bis 49 Mitarbeiter) erwartet sogar nur ein Viertel Folgen, bei den Managern mittlerer Unternehmen bereits 38 Prozent und fast die Hälfte der befragten Führungskräfte aus Großbetrieben befürchten Auswirkungen.

Hier klaffen allgemeine wirtschaftspolitische Anschauungen und konkrete betriebswirtschaftliche Erwartungen auseinander. Und das scheint auch der Fall zu sein bei der Frage nach der Verarbeitbarkeit von Lohnrücklagen. Und das scheint auch der Fall zu sein bei der Frage nach der Verarbeitbarkeit von Lohnrücklagen. Und das scheint auch der Fall zu sein bei der Frage nach der Verarbeitbarkeit von Lohnrücklagen.

Vorzeige-Projekt: In Frankfurt erhalten Schwerhörige eine Chance als Azubis in der Gastronomie.

Interview: Daniel Baumann

INHALT

POLITIK 7 Bei den bulgarischen Parlamentswahlen siegt die Partei des Europafreundes Bojko Borissow. Das Misstrauen ist groß.

MEINUNG 10 Die Türkei macht mit beim Kampf gegen den Terror des „Islamischen Staats“. Eine gute Presse bekommt sie dafür nicht.

WIRTSCHAFT 15 Die Industrienationen kommen ihren Entwicklungshilfversprechen nicht nach, die Entwicklungsländer auch nicht.

SPORT 25 Nach dem schweren Unfall beim Großen Preis von Japan in der Formel 1 hält der Automobil-Weltverband Bilder zurück.

FEUILLETON 33 Kritische Theorie: Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“ kommt jetzt auf die Theaterbühne.

PANORAMA 40 Halte die Bismaratte! Kanada diskutiert über Pelzmützen der Polizei. Denn manch einer mag keine Merino-Wolle.

RESSORT Politik Seite 4
Meinung Seite 10
Wirtschaft Seite 12
Wissen & Campus Seite 28
Rhein-Main Seite R1
Sport Seite 22
Feuilleton Seite 30
Panorama Seite 38

RUBRIKEN
Impressum Seite 8
Finanzen Seite 17
Rätsel Seite 37
Leserbriefe Seite 18
Wetter Seite 19
TV-Programm Seite B4
Familienanzeigen Seite 35

Verantwortung der Konzerne Deutsche Firmen schweigen, wenn die FR sie fragt, was sie für Gerechtigkeit in der Gesellschaft tun. Kleinere Betriebe fühlen sich zudem gegenüber den Großen benachteiligt, zum Beispiel bei den Energiekosten.

Lieber nicht drüber reden

Große FR-Umfrage: Kaum ein Konzern will sich zu Gerechtigkeit äußern

Von Daniel Baumann

Die deutsche Wirtschaft macht sich dafür stark, die Aufstiegschancen in Deutschland zu verbessern. Für ihn sei eine gerechte Gesellschaft dort realisiert, „wo Kinder aus einkommenschwachen, bildungsarmen Familien echte Aufstiegschancen erhalten“, so der Chef der Deutsche Wohnen AG, Michael Zahn, zur Frankfurter Rundschau. Deshalb müsse begabten Kindern und Jugendlichen der Aufstieg durch Bildung und der Berufseintritt erleichtert werden, „auch wenn sie keine Familie haben, die sie fördert“.

WAS IST GERECHT? Das ist unser Thema. DER Radwegbau nimmt im Etat des Verkehrsministers nur 0,4 % ein. Mit der Abwrackprämie 2009 hätte man den Radverkehr 45 Jahre fördern können. Mitreden unter fr-online.de/gerecht

achtzig größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland an-geschrieben. Die FR wollte von ihnen wissen, für wie gerecht sie Deutschland halten und in welchen Bereichen, etwa Arbeitsmarkt, Aufstiegschancen, Steuern oder Einkommens- und Vermögensverteilung sie die größten Defizite sehen. Zudem sollten die Unternehmen beschreiben, wie für sie eine gerechte Gesellschaft aussieht und was dafür in Deutschland noch getan werden muss.

Obwohl es in den vergangenen Jahren in Mode gekommen ist, dass die Unternehmen ihre soziale Verantwortung herausstreichen und dazu zum Beispiel sogar regelmäßig eigene Berichte herausgeben, beteiligten sich anders als bei früheren Umfragen der FR kaum Unternehmen an der Befragung. Nur zwei Firmenchefs, von Telekom und Deutsche Wohnen, ließen sich zum Thema Gerechtigkeit zitieren. Auch die Möglichkeit, anonym Fragen zu beantworten, nutzten nur eine Handvoll Chefs, so dass eine statistische Auswertung nicht infrage kam.

In Deutschland hängen die Aufstiegschancen immer noch sehr eng mit der sozialen Herkunft zusammen. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hängen 40 Prozent des künftigen Einkommens und 50 Prozent des Bildungserfolges von der sozialen Herkunft ab. Damit sind die Aufstiegschancen hierzulande ähnlich schlecht wie in den USA.

80 Konzerne befragt

„Eine gerechte Gesellschaft schafft gleiche Chancen – unabhängig von der Herkunft“, so der Chef der Deutschen Telekom, Timotheus Höttes, zur Frankfurter Rundschau. Bildung sei dabei der wesentliche Faktor für sozialen Aufstieg durch Leistung. Er forderte die Unternehmen auf, auch Menschen einzustellen, „die woanders keine Chance bekommen“. Das bedeute, „nicht nur auf Hochglanz-Lebensläufe zu setzen“.

Auch Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, hatten sich in der FR für eine Verbesserung des deutschen Bildungssystems ausgesprochen und Unternehmen aufgefordert, Jugendlichen mit schlechten Schulnoten eine Chance zu geben. Die Frankfurter Rundschau hatte Anfang Juli die Chefs der

eigene Berichte herausgeben, beteiligten sich anders als bei früheren Umfragen der FR kaum Unternehmen an der Befragung. Nur zwei Firmenchefs, von Telekom und Deutsche Wohnen, ließen sich zum Thema Gerechtigkeit zitieren. Auch die Möglichkeit, anonym Fragen zu beantworten, nutzten nur eine Handvoll Chefs, so dass eine statistische Auswertung nicht infrage kam.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass den Firmen das Thema unangenehm ist. Schließlich sahen sich viele Unternehmen in den vergangenen Jahren Kritik ausgesetzt für Entscheidungen, die das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzen. Sie haben trotz Milliarden Gewinnen Stellen gestrichen, Produktion ins Ausland verlagert oder statt Stammkräften günstigere Leiharbeiter eingesetzt. Nicht zuletzt stößten die Millionengehälter der Vorstandsvorsitzenden auf Ablehnung.

In Deutschland sind die Bezüge der Top-Manager in den vergangenen 15 Jahren kräftig gestiegen, während die Reallohne der Beschäftigten mit Tarifvertrag zwischen 2000 und 2013 nur um 8,2 Prozent zulezten – und insgesamt sogar sanken. Dabei legte die Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um 31 Prozent zu.



Wenn Zeugnisse allein darüber entscheiden, ob jemand einen Job erhält, sieht es für zu viele Jugendliche schlecht aus. HENDRIK SCHMIDT/DPA

„So kann kein Wohlstand entstehen“

Telekom-Chef über das Leistungsprinzip und ungerechte Auswahl von Bewerbern

Seine Beförderung vom Finanzvorstand zum Konzernchef ist noch nicht lange her. Seit Januar leitet Timotheus Höttes eines der größten deutschen Unternehmen: die Deutsche Telekom. Seiner Ansicht nach geht die Vermögensschere in Deutschland inzwischen zu weit auseinander.



Timotheus Höttes, Vorstandschef der Deutschen Telekom. DPA

Herr Höttes, was ist für Sie eine gerechte Gesellschaft? Eine gerechte Gesellschaft schafft gleiche Chancen – unabhängig von der Herkunft. Sie belohnt überdurchschnittliche Leistungen und sie unterstützt die, die unversichert in Not geraten. Ungerecht finde ich, wenn Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können.
Wie viel Ungleichheit in der Gesellschaft ist für Sie noch gerecht? Ungleichheit ist nicht gleich Ungerechtigkeit. Auch eine Gesellschaft, die alle in gleicher Armut hält, ist ungerecht. Das Credo der Sozialen Marktwirtschaft lautet: Wohlstand für alle. Dort, wo das Leistungsprinzip außer Kraft ist, kann kein Wohlstand entstehen.

Regionale Ausbildungsplatzangebote der Arbeitsagentur Halle



Vorzeigeprojekt: In Frankfurt erhalten Schwerhörige eine Chance als Azubis in der Gastronomie. EPD

Die Zweifel des Mittelstands

RHEIN-MAIN-KOMPASS Die Kleineren fühlen sich benachteiligt

Von Martin Brust

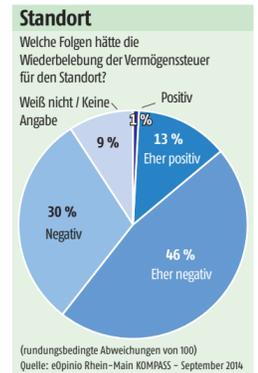
Beim Stichwort „Gerechtigkeit in der Wirtschaft“ fallen wohl den meisten Menschen als Erstes Fragen der Entlohnung ein oder auch der Arbeitsbedingungen. Solche Themen sind auch häufig präsent, sei es durch die regelmäßig wiederkehrenden Tarifverhandlungen, sei es durch Berichte über skandalöse Arbeitsbedingungen bei Paketdiensten in Deutschland oder Näherinnen in Bangladesch. Auch in der aktuellen Gerechtigkeitsserie der Frankfurter Rundschau dreht es sich oft um Fragen der Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich oder zwischen Menschen und „der Wirtschaft“.

Aber natürlich hat das Thema mehr Facetten und deshalb hat der aktuelle Rhein-Main-Kompass auf Anregung der Frankfurter Rundschau seinen Fokus auch auf die Gerechtigkeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Großunternehmen gelegt. Und er hat Topmanager aus der Region danach gefragt, was Umverteilungsmaßnahmen wie Mindestlohn oder Rentenpaket für die Unternehmen bedeuten.

Manager aus Konzernen beurteilen den Mittelstand besser als er sich selbst

Eine satte Mehrheit der Befragten (78 Prozent) glaubt, dass KMU gegenüber Großunternehmen benachteiligt sind. Weil unter den befragten Führungskräften jene aus KMU in der Mehrheit sind, mag diese Aussage alleine noch nicht sehr überraschend sein. Betrachtet man alleine die Antworten von Managern aus Großunternehmen (mehr als 500 Mitarbeiter), so zeigt sich aber: Auch hier geht fast die Hälfte (49 Prozent) davon aus, dass KMU benachteiligt werden. Fast ebenso viele (46 Prozent) verneinen dies aber.

Von allen jenen, die eine Benachteiligung bejahen, werden Interessenvertretung in der Politik, Finanzierung sowie Energie- und Rohstoffkosten als die drei wichtigsten Bereiche benannt, in



DIE TRENDUMFRAGE

Der Rhein-Main-Kompass ist eine repräsentative Trendumfrage zu aktuellen Themen unter Managern und Firmeninhabern in der Region. Im Auftrag von Frankfurter Rundschau, Rheinmain-TV und der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) ermittelt das Marktforschungsinstitut eOpinio aus Gießen per Telefonumfrage, wie in den Chefetagen gedacht wird.

Für den aktuellen Kompass wurden im September 405 Führungskräfte aus der Region befragt. Rheinmain-TV berichtet am heutigen Dienstagabend um 21 Uhr ausführlich über die Ergebnisse der Trendumfrage. ust

denen es KMU schwerer haben. Eine Benachteiligung erscheint umso ungerechter, weil die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von KMU im Vergleich zu Großunternehmen ganz klar als höher beurteilt wird: 32 Prozent halten sie für sehr hoch, 62 Prozent für eher hoch.

Großunternehmen wird nur von 26 Prozent eine sehr hohe Leistungsfähigkeit zugewillt, 67 Prozent schätzen diese als eher hoch ein. Interessant: Führungskräfte aus Großunternehmen beurteilen KMU besser als diese sich selbst: Alle Manager aus großen Firmen stuften die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren als sehr hoch ein, aber nur 90 Prozent der KMU-Manager kamen zu diesem Ergebnis.

64 Prozent der Befragten sagen, der Mindestlohn schade ihnen nicht

Mindestlohn oder Rentenpaket halten zwei Drittel aller Manager für eine sehr oder eher große Belastung der KMU, während nur 31 Prozent das für Großunternehmen annehmen. Der genaue Gegensatz zeigt sich bei der Frage nach dem Einfluss auf das eigene Unternehmen: 64 Prozent sagen, Mindestlohn und Rentenpaket haben keinerlei Auswirkungen auf ihren Gewinn. Von den kleinen Unternehmen (20 bis 49 Mitarbeiter) erwartet sogar nur ein Viertel Folgen, bei den Managern mittlerer Unternehmen bereits 38 Prozent und fast die Hälfte der befragten Führungskräfte aus Großbetrieben befürchtet Auswirkungen.

Hier klaffen allgemeine wirtschaftspolitische Anschauungen und konkrete betriebswirtschaftliche Erwartungen auseinander. Und das scheint auch der Fall zu sein bei der Frage nach der Verkaufbarkeit von Lohnerhöhungen, die kräftiger ausfallen als in der Vergangenheit, so wie es auch jüngst die EU-Kommission gefordert hatte. Nur elf Prozent der Manager sagen, das sei grundsätzlich nicht verkraftbar. Großunternehmen hätten damit kein Problem, glauben drei Viertel, KMU hingegen schon.